

10
82

Union in Deutschland

Bonn, den 25. März 1982

Albrecht-Politik wurde großartig bestätigt

Die CDU Deutschlands freut sich, daß es ihr gelungen ist, durch die gemeinsamen Anstrengungen der CDU-Landesverbände Niedersachsens und auch der vielen Freunde, die aus der Gesamtpartei mitgeholfen haben, das bisher beste Wahlergebnis in der Geschichte Niedersachsens und der CDU dieses Landes zu erzielen: die absolute Mehrheit der Stimmen und die absolute Mehrheit der Mandate, stellte Helmut Kohl am 22. März 1982 vor der Presse in Bonn fest. Der Bundesvorstand ist der Auffassung, daß das Ergebnis eine großartige Bestätigung der Politik der Regierung unter Ernst Albrecht und der Arbeit unserer Freunde unter der Führung Wilfried Hasselmanns ist.

Für die CDU ist das wichtigste Ergebnis — auch über Niedersachsen hinaus —, daß es ihr gelungen ist, die absolute Mehrheit der Stimmen und der Mandate zu gewinnen, obwohl die Grünen die 5-Prozent-Klausel übersprungen haben und damit eine vierte Partei in den niedersächsischen Landtag eingezogen ist. Wir wissen aus sehr sorgfältigen Beobachtungen unserer Wählerstruktur, daß selbstverständlich auch wir in allen Regionen der Bundesrepublik, wie auch im Fall

(Fortsetzung auf Seite 2)

■ WAHLEN

Stellungnahme von Helmut Kohl
Seite 2

Die Ergebnisse der letzten
Landtagswahlen in den Bundes-
ländern Seite 3

Erste Analyse: Die CDU
nahm der SPD 25 Wahlkreise in
direkter Wahl ab Seite 5

Pressestimmen Seite 8

■ DOKUMENTATION

Gesamtergebnis und
Einzelergebnisse grüner Teil

■ ARBEITSLOSE

Neue Zumutbarkeitsanordnung
ist in vielen Punkten korrektur-
bedürftig Seite 11

■ WIRTSCHAFT

Will die SPD überhaupt noch ihr
"Beschäftigungsprogramm"?
Seite 12

■ DDR

Ost-Berlin kassiert Milliarden,
aber kein Einlenken beim Zwangs-
umtausch Seite 13

■ BUNDESTAG

Baum mißachtet Kontrollrecht des
Parlaments Seite 14

(Fortsetzung von Seite 1)

Niedersachsen, Wähler und potentielle Wähler bei Wahlen an die Grünen abgegeben haben. Es ist uns aber gelungen — das zeigt das demoskopische Bild von rund 51 Punkten quer durch die Bundesrepublik und das zeigen die Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein vor vierzehn Tagen und die Landtagswahlen jetzt —, unser Wählerreservoir wieder aufzufüllen, indem wir insbesondere aus dem sozialdemokratischen Bereich Wähler hinzugewonnen haben.

Das zweite bemerkenswerte an diesem Ergebnis ist, daß die CDU, bezogen auf die Bundestagswahl 1980, 10,9 Prozent hinzugewonnen hat. Natürlich weiß auch ich, daß die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl höher liegt als bei einer Landtagswahl. Es muß aber manchen Kommentaren des gestrigen Abends entgegengetreten werden, die von einer niedrigen Wahlbeteiligung sprachen. Wenn Sie die Wahlbeteiligung in der Geschichte der Bundesrepublik quer durch die einzelnen Bundesländer betrachten, werden Sie unschwer feststellen können, daß auch die gestrige Wahlbeteiligung in Niedersachsen über dem Durchschnitt der Wahlbeteiligung in den Bundesländern liegt.

Neue Wählerschichten wurden erreicht

Für uns ist bei dieser Wahl weiter entscheidend, daß es uns gelungen ist, in neue Wählerschichten vorzudringen. Die Tatsache, daß wir in Niedersachsen, dem Bundesland, von dem einmal die Sozialdemokratie nach dem Kriege unter Kurt Schumacher ihren Ausgangspunkt nahm, die absolute Mehrheit der Stimmen erreicht haben, ist eine ganz besondere Leistung. Wir können in diesem Zusammenhang feststellen, daß es uns jetzt im nord-

deutschen Bereich gelungen ist, Ergebnisse zu erzielen, die wir im sogenannten Nord-Süd-Gefälle bisher so nicht ohne weiteres erreichen konnten.

Einhundert Wahlkreise gibt es in Niedersachsen. Die CDU hat davon 87 gewonnen. Das ist ein Ergebnis, das unsere kühnsten Erwartungen — das darf ich offen sagen — übertrifft. Aber erst das Detail macht den Erfolg eigentlich ganz klar. Wenn Sie einmal die Stadtbezirke von Braunschweig, das sind vier Wahlkreise, betrachten und davon ausgehen, daß wir in all diesen vier Wahlkreisen jetzt die Mehrheit haben, wenn Sie die Arbeitnehmer-Hochburgen in Niedersachsen betrachten, ob das nun Wolfsburg oder Salzgitter ist, ob das wichtige Wahlkreise in Hannover sind, ob das der Vorortwahlkreis Laatzen ist, ob es ein sehr interessanter Wahlkreis wie Georgsmarienhütte, mit der großen Niederlassung der Firma Klöckner, oder ob es der Wahlkreis Wilhelmshaven ist, so sind das alles Wahlkreise, die in einer sehr bestimmten Weise mit ihrer gestrigen Zuwachsrate für die CDU eine Aussage machen.

80 Prozent für klares Ja zur Kernkraft

Wenn ich bei Wahlkreisen bin, will ich Ihr Augenmerk auch gerne auf den Wahlkreis Lüchow-Dannenberg richten. Dort hat die Union mit einer klaren und entschiedenen Position zu den Fragen der Kernkraft und den Notwendigkeiten, die sich daraus ergeben, noch einmal zulegen können. Wir sind jetzt dort bei 54 Prozent.

Aber ich will auch darauf hinweisen, weil das Ja in Bonn jetzt wieder wegen des Erfolgs der Grünen eine große Rolle spielen wird, daß die Anhänger des klaren Ja zur Kernkraft in diesem Stimmkreis — und hier muß ich ausdrücklich die örtlichen Sozialdemokraten hinzuzählen — auf rund

Ergebnisse der letzten Landtagswahlen in den Bundesländern

Land	letzte Wahl	Ergebnisse (in Prozent)						nächste Wahl	
		CDU	SPD	FDP	NPD	DKP	Sonst. Grüne		
Berlin (West)	10. 5. 1981	48,0	38,3	5,6	0,6 ^{a)}	—	7,2 ^{a)}	1985	
Baden-Württemberg	16. 3. 1980	53,4	32,5	8,3	0,1	0,3	5,3	1984	
Bayern	15. 10. 1978	59,1 ^{b)}	31,4	6,2	0,6	0,3	0,6	1982	
Bremen	7. 10. 1979	31,9	49,4	10,8	0,4	0,8	0,2	6,5 ^{c)} 1983	
Hamburg	4. 6. 1978	37,6	51,5	4,8	0,3	1,0	4,5 ^{c)}	1982	
Hessen	8. 10. 1978	46,0	44,3	6,6	0,4	0,4	0,3	2,0	1982
Niedersachsen	21. 3. 1982	50,7	36,5	5,9	—	0,3	—	6,5	1986
Nordrhein-Westfalen	11. 5. 1980	43,2	48,4	4,98	—	0,3	—	3,0	1985
Rheinland-Pfalz	18. 3. 1979	50,1	42,3	6,4	0,7	0,4	0,1	—	1983
Saarland	27. 4. 1980	44,0	45,4	6,9	—	0,5	0,3 ^{d)}	2,9	1985
Schleswig-Holstein	29. 4. 1979	48,3	41,7	5,7	0,2	0,2	1,4 ^{e)}	2,4	1983
Bundestag	5. 10. 1980	44,5	42,9	10,6	0,2	0,2	—	1,5	1984

¹⁾ CSU⁶⁾ GAZ/AUD²⁾ CDU/CSU⁷⁾ Bremer Grüne Liste und Alternative Liste³⁾ Alternative Liste

für Demokratie und Umweltschutz

⁴⁾ SEW⁸⁾ Grüne und Bunte Liste⁵⁾ SSW⁹⁾ CSUW

80 Prozent der Stimmen gekommen sind. Es ist wahr, die Grünen haben dort einen Erfolg in der Größe von 14,1 Prozent. Das ist eine leichte Verbesserung gegenüber dem Jahr 1978 von rund einem Prozent.

Es ist aber auch wahr, daß eben 80 Prozent, nämlich die örtliche Kreispartei der CDU und die örtliche Kreispartei der SPD, die unentwegt und entschieden Positionen bezogen haben, eine riesige Mehrheit der Bürgerschaft hinter sich versammeln konnten.

Ich glaube, das ist ein ganz interessantes Ergebnis, das man bei der Freude über das Gesamtergebnis nicht vergessen sollte, weil es zeigt, daß auch vor Ort respektiert wird, wenn demokratische Parteien Position beziehen und, daß auch in einer ganz wichtigen Sachfrage eine klare Mehrheitsentscheidung möglich ist.

Gegenüber 1980 hat die SPD 10,4 Prozent verloren

Ein paar Bemerkungen zum Ergebnis der SPD: Der Verlust der SPD von 5,7 Prozent ist beachtlich. Ein Vergleich zur Bundestagswahl zeigt die erdrutschartige Entwicklung in der Wählerschaft der SPD an. Die Sozialdemokraten haben auf die Bundestagswahl 1980 bezogen 10,4 Prozent verloren. Diese Wahl ist nach der Kommunalwahl in Schleswig-Holstein ein weiteres Beispiel für den Niedergang der SPD. Und für uns steht außer Zweifel, daß sich die fort dauernde Bonner Malaise in der Koalition und in der SPD auf die Entscheidung der Wähler ausgewirkt hat.

Es ist nicht nur das schlechteste Ergebnis für die SPD seit 1955. Die genaue Beobachtung des Wahlkampfes selbst — und ich stimme da mit meinen Freunden aus

Niedersachsen völlig überein — zeigt, daß die SPD in Bonn und hier allen voran der Regierungschef Helmut Schmidt diese Wahl verloren hat. Nicht Karl Ravens, der gestern in sehr fairer und sehr nobler Weise die Verantwortung übernommen hat, ist der große Wahlverlierer, der Wahlverlierer sitzt in Bonn. Die zwiespältige Haltung der SPD zeigt ihre Auswirkungen. Man kann eben nicht ein bißchen für die Nachrüstungen, ein bißchen dagegen sein, ein bißchen für ein Moratorium, ein bißchen dagegen sein. Eine solche Haltung bringt Konsequenzen mit sich. Und die hat vor allem die klassische Klientel der SPD, die Arbeitnehmerschaft, gezogen.

FDP erst auf Rang vier

Eine kurze Bemerkung zum Thema FDP: Die Freien Demokraten sind wieder in den Landtag eingezogen. Nach unseren Unterlagen und Beobachtungen — auch hier sind wir in völliger Übereinstimmung mit unseren Freunden in Hannover — ist das Resultat, daß die FDP wieder in den Landtag gekommen ist, vor allem der Tatsache zuzuschreiben, daß am Ende des Wahlkampfes die Freien Demokraten in Hannover immer deutlicher erkennen ließen, daß sie bereit waren, eine Koalition mit der Christlich Demokratischen Union einzugehen. Diese Aussage hat nach unserer festen Überzeugung entscheidend dazu beigetragen, der FDP mit knapp über 5 Prozent über die Hürde zu verhelfen.

Für die Freien Demokraten ist dieses Wahlergebnis Grund zum Nachdenken. Dies auch unter dem Gesichtspunkt, daß mit dem Aufkommen einer vierten Parlamentsfraktion, die die FDP auf den Rang vier in der Reihenfolge der Fraktionen im Landtag in Hannover verwiesen hat, die Funktion der FDP als alleinige Mehrheitsbeschafferin in diesem Bundesland nicht mehr gegeben ist. Ich bin sicher, daß sich diese Entwicklung auch in anderen Bun-

desländern fortsetzen wird. Dies muß für die Führung der FDP Grund zu bestimmten Überlegungen sein.

Zum Schluß noch eine kurze Bemerkung zu dem Thema Grüne: Die Grünen haben sich jetzt auch im niedersächsischen Landtag etabliert. Sie werden nun in der praktischen Alltagsarbeit eines Parlaments zu beweisen haben, welche konkreten Beiträge sie zur Politik zu leisten bereit und fähig sind: in Fragen der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, regionaler Strukturpolitik und alldem, was im Landtag mitverhandelt wird.

Die Grünen haben ein Zeichen gesetzt

Die Grünen haben natürlich mit diesem Wahlergebnis ein Zeichen gesetzt, das auch bei den Wahlen der allernächsten Zeit fortwirken und ganz gewiß auch noch im voraussichtlichen Bundestagswahljahr 1984 Geltung haben wird. Wir haben heute auch über dieses Thema gesprochen. Wir werden das Wahlergebnis der Grünen sehr sorgfältig daraufhin analysieren, welche Wählerströme, welche Wählerargumentationen eine besondere Rolle für die Wahlentscheidung zugunsten der Grünen gespielt haben.

Es kann keiner demokratischen Partei einnerlei sein, wenn eine neue Gruppierung aufkommt. Die Tatsache, daß eine solche Gruppierung aufkommen kann, ist im Wesen einer freiheitlichen Ordnung begründet. Wer ja sagt zur 5-Prozent-Klausel zum Schutze der demokratischen Mehrheitschancen und zur Handlungsfähigkeit im Parlament, der muß auch ja sagen zu der Chance, die darin besteht, diese 5-Prozent-Hürde überwinden zu können. Wir werden das alles gemeinsam und in großer Ruhe auf der Grundlage der repräsentativen Wahluntersuchungen, die in den nächsten Wochen gemacht werden, überprüfen.

■ NIEDERSACHSEN

Die CDU nahm der SPD 25 Wahlkreise in direkter Wahl ab

Die Generalprobe war die Kommunalwahl am 27. Oktober 1981. Damals hatte die Niedersachsen-CDU zum ersten Mal die 50-Prozent-Hürde überwunden und die SPD fast überall im Lande in den Kommunen überrundet und aus den Rathäusern gejagt. Die Union ging mit großen Hoffnungen in die Landtagswahl. Sie konnte sich den Wählern auch guten Gewissens stellen, lag doch eine ausgezeichnete Leistungsbilanz über die vergangenen vier Jahre vor, stellt die CDU-Niedersachsen in einer ersten Wahlanalyse fest.

Den Sozialdemokraten schwante nichts Gutes vor diesem Wahlgang. Man versicherte sich der massenweisen Unterstützung durch Bonner Politiker und glaubte unter der Parole „Die Bonner kommen“, die Wähler anlocken zu können. In einem Akt der Verzweiflung versuchte die SPD noch in den letzten Tagen vor dem 21. März mit teilweise infamen Anzeigen, ihre Anhänger zu mobilisieren. Als dann am Tage vor der Wahl Karl Ravens, der von seiner Partei weiterhin im Stich gelassene Spitzenkandidat der SPD, in einer öffentlich verbreiteten Erklärung die Wahl bereits verloren gab, war für Sozialdemokraten alles gelaufen.

Und dennoch, daß es so katastrophal ausgehen würde, mochten sich Sozialdemokraten selbst in Alpträumen nicht ausmalen. Zum ersten Mal nämlich gelang es mit der CDU einer Partei in Niedersachsen in Landtagswahlen die absolute Mehrheit

der abgegebenen Stimmen für sich zu verbuchen. Einmalig ist auch, daß eine Partei so viele Direktmandate erringt, daß ihre Landesliste keine Makulatur wird.

Wilfried Hasselmann, der Landesvorsitzende der Niedersachsen-CDU, brachte am Morgen nach der Wahl den Sieg auf eine einfache Formel: „Der Ministerpräsident hat die Wahl gewonnen, wir haben ihm geholfen.“ Und tatsächlich, so muß man bei einer ersten Analyse feststellen, hat vor allem der Name des Ministerpräsidenten die Wähler angezogen. Schließlich wurde mit der „Albrecht-Politik“ der Wahlkampf bestritten, stellte die CDU ihre Werbung voll auf den Ministerpräsidenten ab. Der Erfolg gibt dieser Strategie recht.

Das Besondere daran ist, daß sich dieser Erfolg durch das ganze Land zieht. Zwar gibt es immer noch einige, nicht geschliffene Hochburgen der SPD — in Ostfriesland etwa und in Hannover —, ohne Kratzer blieben aber auch diese Hochburgen nicht. In Hannover z. B. büßte sie in fünf Wahlkreisen zwischen 6,3 und 7,4 Prozent ein. Nur ein Wahlkreis der Landeshauptstadt lag unter dem Landesdurchschnitt von -5,7 Prozent. Im Ostfriesischen verlor sie gar einen Wahlkreis und speckte in den übrigen Wahlkreisen dieser bislang, auch bei den Kommunalwahlen noch heißen SPD-Welt, zwischen 4,9 und 2,1 Prozent ab. In Hannover wurde die CDU mit 44 Prozent zum ersten Mal die stärkste Partei, nach dem sie bei den Kommunalwahlen noch ganz knapp hinter der SPD zurückgeblieben war.

Aber es geht weiter: Die CDU gewann alle Wahlkreise Braunschweigs, sie kassierte das Landtagsmandat der nur wirklich typischen Arbeitnehmerstadt Salzgitter, verfehlte um 126 Stimmen den Sieg im Wahlkreis Peine, auch einem typischen Arbeitnehmer-Wahlkreis, errang die Wahlkreise der Universitätsstädte Göttingen, Oldenburg und Osnabrück, kam in der VW-Stadt Wolfsburg auf stolze 52,9 Prozent und nahm der SPD selbst Wahlkreise weg, die noch vor vier Jahren absolute SPD-Mehrheiten hatten wie Schöppenstedt, wo die SPD von 50,6 auf 45,4 Prozent abfiel, oder Braunschweig-Südost, wo die SPD 1978 noch bei 51,1 Prozent lag, wie in Peine-Land, daß ihr auch abhanden kam, oder Salzgitter, Bad Salzdetfurth, Bückeburg. Hier fiel die SPD von 51,7 auf nur noch 44,1 Prozent zurück. Schließlich Jever, wo die SPD aus der sicheren Höhe einer Mehrheit von 52,8 auf 42 Prozent abfiel und den Wahlkreis verlor.

Besonders bemerkenswert und für die SPD besonders tragisch ist, daß sie sogar dort verlor, wo sie eigentlich gar nichts zu verlieren hat und alle ihre Wähler in einem mittelgroßen Saal versammeln kann, nämlich in den Hochburgen der CDU, wo diese zwischen 70 und 80 Prozent pendelt. So sackte die SPD in Cloppenburg von 15,9 auf 14 Prozent ab, in Vechta von 16,3 auf 14,3 Prozent, in Lingen von 24,1 auf 21,4 Prozent und in Meppen von 21,4 auf 19,9 Prozent, schließlich in Papenburg von 14,9 auf 13 Prozent. Hier erlitt übrigens die CDU ihre größten Verluste mit 6,6 Prozent, was allerdings nicht am Kandidaten liegt, der in der Stimmenzahl auch zugelegt hat, sondern an Wählern, die mit der Kreis- und Bezirksreform in diesem Bereich nicht zufrieden sind.

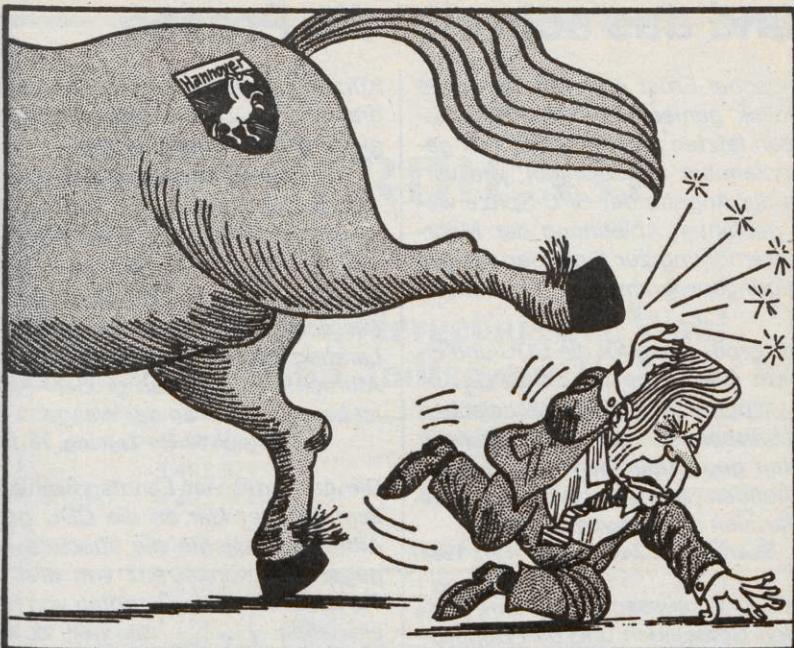
Insgesamt gibt es jetzt 17 Wahlkreise, in denen die SPD unter 30 Prozent gesunken ist, denen nur noch zwei Wahlkreise gegenüberstehen mit absoluter Mehrheit:

Hannover-Linden und Emden, wo es die SPD immerhin noch auf 50 Prozent und 57,1 Prozent gebracht hat. Folglich schnitt auch die CDU mit 32 Prozent in Emden am schlechtesten ab. Ansonsten sieht es bei der CDU natürlich anders aus. Über die Hälfte der 87 CDU-Landtagsabgeordneten gewannen ihren Wahlkreis mit absoluter Mehrheit: genau 45. Darunter sind etliche Wahlkreise mit bayerischen Verhältnissen: Duderstadt (64,7 Prozent), Cloppenburg (76,6 Prozent), Vechta (76,3 Prozent), Lingen (70,2 Prozent), Meppen (71,6 Prozent), Papenburg (72,5 Prozent).

25 Wahlkreise gingen von der SPD zur CDU über, überhaupt nur noch 13 Wahlkreise blieben eine Domäne der SPD, deren höchster Rückgang, fern den Ballungszentren, im Wahlkreis Seetal mit 10,2 Prozent zu verzeichnen war. Überdurchschnittlich gewann die Union mit 17,5 Prozent in Soltau. Das darf freilich nicht zu falschen Schlüssen verführen. Hier hatte vor vier Jahren eine Partei kandidiert, die im Grunde eine Abspaltung von der CDU war. Die Wähler kamen jetzt einfach zurück.

Über dem Landesdurchschnitt von +2 Prozent liegt die CDU in: Jever +6,2, Bremervörde +4,8, in Uelzen +4,2, Alfeld +4,2 (wobei dieser Wahlkreis dennoch nicht gewonnen wurde) und in Braunschweig-Südwest mit einem Plus von 4 Prozent.

Hochburgen der Grünen sind Lüchow-Dannenberg mit 14,1, Oldenburg-Süd mit 10,9 Prozent, Oldenburg-Nord mit 11,3 und Göttingen-Stadt mit 11,7 Prozent. Der Einfluß des studentischen Milieus und des Streits um das Kernkraft-Projekt in Gorleben ist also deutlich. Dennoch hat gerade die CDU, die ganz eindeutig einen Pro-Kernkraft-Kurs vertritt, in Lüchow-Dannenberg nochmals zugelegt. Sie kam von 51,9 auf 54,1 Prozent. Auch in dem zweiten Wahlkreis, in dem es um ein Kernkraft-



Vom Pferd getreten

HANDELSBLATT: Pieler

werk geht, erreichte die CDU eine absolute Mehrheit: im Wahlkreis Bad Pyrmont mit dem im Bau befindlichen Kernkraftwerk Grohnde. Hier brachte es die Union auf 51,7 Prozent gegenüber 50,3 Prozent vor vier Jahren. Dagegen verlor die SPD in Lüchow 4,5 und in Bad Pyrmont 3,6 Prozent der Stimmen.

Während freilich die Grünen in Lüchow ihr bestes Ergebnis erhielten, mußten sie sich in der Umgebung Grohndes mit mageren 5,5 Prozent bescheiden, liegen hier also genau ein Prozent unter ihrem Landesergebnis.

Nach der NPD, die gar nicht mehr kandidierte, scheint sich nun auch die DKP völlig verkrümeln zu wollen. Nur noch 0,3 Prozent der niedersächsischen Wähler möchten diesem Ostblockableger ihre Stimme geben.

Auch an der Saar hohe Verluste der SPD

Mit erheblichen Stimmenverlusten für die SPD endeten am Sonntag auch die kommunalen Nachwahlen im Saarland, zu denen rund 27 000 Bürger aufgerufen waren. Die Wahl in den seit Jahresbeginn selbständigen oder neu zugeschnittenen saarländischen Gemeinden Schwalbach, Bous und Ensdorf war als Folge einer gesetzlichen Gebietsneugliederung notwendig geworden.

Nach den vorläufigen Endergebnissen steigerte die CDU ihren Stimmenanteil in Schwalbach gegenüber der letzten Kommunalwahl im Jahr 1979 von 56,4 Prozent auf 61,9 Prozent. Die SPD fiel von 38,4 Prozent auf 31,2 Prozent zurück. Die FDP erhöhte ihren Stimmenanteil von 5,2 auf 6,8 Prozent.

... und das schreibt die Presse

Regierungschef Ernst Albrecht hat solide Landespolitik gemacht und die Bevölkerung in den letzten Jahren hinter sich gebracht; erkennbar schon daran, wie wirkungslos die Angriffe der SPD-Spitze wegen der geplanten Ablehnung der Mehrwertsteuererhöhung zur Finanzierung des Beschäftigungsprogramms geblieben sind.

Das ist ein großer Sieg für die CDU und eine schwere Niederlage für die SPD. Alle anderen Aspekte des niedersächsischen Wahlergebnisses, so interessant sie auch sind, treten gegenüber dem weit auseinanderklaffenden Abstand zwischen den großen Parteien doch etwas zurück.

Saarbrücker Zeitung, 22. März 1982

Helmut Kohls Voraussage, die Union werde von den Gemeinden und den Bundesländern her auf einen Machtwechsel in Bonn hinarbeiten, scheint in Erfüllung zu gehen. **Stuttgarter Zeitung, 22. März 1982**

In Niedersachsen ist jedenfalls eingetreten, daß die Zersplitterung auf der einen Seite zur absoluten Mehrheit der anderen führt. Das ist ein Ergebnis, das auch im Bund nicht ausgeschlossen ist.

Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 22. März 1982

Die SPD wird buchstäblich ausgezählt. Das hat sie all denen zu verdanken, die ihrem Kanzler zu oft in den Rücken fielen.

Bild, 22. März 1982

Der Alleinregierer Albrecht kann getrost zu dem Nein stehen, mit dem die Unionsmehrheit im Bundesrat dem sozialliberalen Beschäftigungsprogramm die finanzielle Basis entziehen will. Das Programm ist damit in seiner ursprünglichen Form gestorben. Bleibt Genscher bei seiner Ablehnung jeder anderen Finanzierungsquelle und die SPD bei ihrem Veto gegen jede

Kürzung sozialer Leistungen, sind neue dramatische Zusätzungen im Bonner Regierungslager unvermeidbar.

General-Anzeiger, Bonn, 22. März 1982

Die Frage „Wie halten wir es mit den Grünen?“ wird somit auch bei den nächsten Wahlkämpfen eine Rolle spielen. Das muß vor allem die FDP alarmieren. In Niedersachsen ist sie zwar wieder in den Landtag gewählt worden — sonst wäre Albrechts Erfolg noch größer —, aber sie ist kein Zünglein an der Waage.

Neue Rhein-Zeitung, 22. März 1982

Die erste der vier Landtagswahlen in diesem Jahr ist klar an die CDU gegangen. Albrecht erreichte die absolute Mehrheit gegen die Konkurrenz von drei anderen Parteien, die in den Landtag von Hannover einziehen.

Die Welt, 22. März 1982

Diese Wahlschlappe wird Folgen haben, weil sie von den niedersächsischen Ge- nossen — und nicht nur von ihnen — „de- nen in Bonn“ zu Recht angelastet wird.

Express, 22. März 1982

Die SPD hat eine einzige Chance: Die Union, deren Stärke nicht gerade Selbstdisziplin heißt, müßte ohne Not eine Personaldiskussion über den Kanzlerkandidaten beginnen.

Kölnische Rundschau, 23. März 1982

Zu deutlich signalisierte die Wahl in Hannover, Gewichtsverschiebungen im Gefüge der deutschen Parteien. — Die erste, und vermutlich wichtigste, Konsequenz ist, daß die Grünen sich jetzt wohl endgültig in der politischen Landschaft der Bundesrepublik eingerichtet haben.

Stuttgarter Zeitung, 23. März 1982

Große Chancen der Union? Ja, wenn sie sich nicht wieder in Personaldiskussionen zerfleischt.

Die Welt, 23. März 1982

■ INFORMATION / KOALITION

Verbitterung ist verständlich

Zur Diskussion bei der Kürzung des Zusatztaschengeldes für Heimbewohner erklärt der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Helmut Kohl: Die Verbitterung vieler älterer Mitbürger bei der Kürzung des Zusatztaschengeldes für Heimbewohner ist für mich mehr als verständlich. SPD und FDP tun so, als hätten sie mit alledem nichts zu tun. Das Gegenteil ist der Fall: Die SPD- und FDP-Abgeordneten im Deutschen Bundestag und die SPD-geführten Länder haben diese Regelung gewollt.

Nach dem Willen der SPD sollte das Zusatztaschengeld völlig entfallen. Dem haben wir uns mit aller Entschiedenheit widersetzt. Äußerungen von SPD und FDP-Politikern in den letzten Tagen sind in ihrer Scheinheiligkeit nicht zu überbieten.

Die jetzige Regelung führt zu Ungerechtigkeiten. Besonders Witwen oder früher als Hausangestellte Tätige mit geringem Einkommen werden große Opfer abverlangt. Die CDU/CSU-Fraktion wird deshalb eigene Vorschläge einbringen, um die sozialen Ungerechtigkeiten zu beseitigen.

Für mich steht dabei außer Frage: Wer in seinem Leben durch harte Arbeit auch entsprechende Beiträge in die Rentenasse gezahlt hat, muß auch im Alter seine Lebensleistung honoriert bekommen. Deshalb muß auch je nach Leistung des einzelnen das Zusatztaschengeld bemessen sein.

Den Plänen der SPD, ein Einheitstaschengeld einzuführen, erteile ich aus diesem Grunde eine eindeutige Absage.

Bürokratische Verwaltung der Mißwirtschaft

Zu der vom Bundeskabinett vorgesehenen Einführung der Meldepflicht für freie Stellen und Ausbildungsplätze erklärte MdB Michael Glos: Mit der Einführung der Meldepflicht wird lediglich die statistische Zahl der freien Arbeits- und Ausbildungsplätze künstlich aufgebläht, die im mittelständischen Bereich immer noch vorkommende kurzfristige, ja teilweise spontane Einstellung von Arbeitnehmern wird dagegen verhindert. Die Zwangsmeldungen schaffen außerdem neue Belastungen für die Arbeitsverwaltung und die Arbeitgeber.

Völlig unklar bleibt, wie die Einhaltung der Meldepflicht überwacht werden soll. Wahrscheinlich werden wir in den Arbeitsämtern nur noch Stellenanzeigen lesende Bedienstete vorfinden, die überprüfen, ob ausgeschriebene Arbeitsplätze auch gemeldet sind. Wie bei Chiffre-Anzeigen verfahren werden soll, wird allerdings wohl noch geklärt werden müssen.

Während die Union die Vermittlungstätigkeit der Arbeitsverwaltung als Serviceleistung konzipiert hat, deren Inanspruchnahme jedem freigestellt sein sollte, macht die Bundesregierung daraus jetzt ein Zwangsinstrument, mit dem in die Betriebe hineinregiert werden kann. Die Linken werden über diesen großen Schritt in Richtung Planwirtschaft und staatlicher Einflußnahme jubeln.

Keine Aufwertung des Schein-Parlaments der DDR

Zu einem kürzlich stattgefundenen Treffen zwischen SPD-Bundestagsabgeordneten aus Bayern und Mitgliedern der DDR-Volkskammer erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Deutschlandpolitik und Berlinfragen“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Lorenz: Dieses Treffen

von zwölf bayrischen SPD-Abgeordneten mit Mitgliedern der DDR-Volkskammer kann nur als grobe politische Instinktlosigkeit bezeichnet werden. Denn hier wird demonstrativ der Anschein einer Gleichstellung von Bundestag und Volkskammer erweckt, die nicht existiert.

Gespräch mit dem Zentralrat der Sintis

Bei einem Meinungsaustausch zwischen Helmut Kohl und dem Zentralrat deutscher Sinti und Roma unter dessen Vorsitzenden Romani Rose, an dem für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auch die parlamentarische Geschäftsführerin Dorothee Wilms teilnahm, erklärte Helmut Kohl, die CDU/CSU wisse, daß den Sintis und Romanen in der Vergangenheit viel Unrecht geschehen und daß an den Sintis und Romanen während der Zeit des Dritten Reiches Völkermord verübt worden sei. Daher bestehe eine moralische Verantwortung zur Wiedergutmachung und zur Beseitigung von Benachteiligungen.

Die CDU/CSU werde versuchen, möglichst gemeinsam mit den anderen Fraktionen des Deutschen Bundestages einen Entschließungsantrag zu formulieren, der die Belange der Sinti und Roma behandeln solle. In dem Gespräch wurde auch die Frage der Rentenregelung für die Sinti und Roma erörtert, die während der Zeit des Dritten Reiches gesundheitliche Schäden erlitten haben. Die jetzige Regelung sei unbefriedigend. Auch das Thema der Anerkennung der Sinti und Roma als ethnische Minderheit wurde in dem Meinungsaustausch angesprochen.

Bundeswehr — nicht mehr länger Stiefkind der Nation

Grundsatzfragen unserer Sicherheitspolitik sowie Fragen zur persönlichen Situation des einzelnen Soldaten standen im Mittelpunkt eines Gesprächs zwischen

Heiner Geißler und dem Geschäftsführer den Vorstand des Deutschen Bundeswehrverbandes (BBwV) unter Leitung seines Vorsitzenden Heinz Volland. Dieser erinnerte daran, daß 51 Prozent aller Soldaten Wehrpflichtige seien und gerade diese Gruppe durch die jüngsten Sparmaßnahmen der Bundesregierung besonders getroffen werde. Er erläuterte die Forderungen seines Verbandes hinsichtlich der besorgniserregenden Personalsituation in der Bundeswehr, die vor allem durch das Fehlen von 33 000 länderdienenden Soldaten — davon 20 000 Unteroffiziere — gekennzeichnet sei. Hierdurch werde die ohnehin hohe Dienstzeitbelastung der Soldaten weiter verschärft.

Im Hinblick auf die Bemühungen des DBwV, das Personalvertretungsrecht der Soldaten zu erweitern, sagte Geißler seine Unterstützung zu. Es herrschte Übereinstimmung darüber, daß die Benachteiligung der Soldaten infolge ihrer schwächer ausgestatteten Beteiligungsrechte gegenüber den Zivilbediensteten der Bundeswehr ausgeräumt werden müsse. Einschränkungen für Soldaten seien nur dort vertretbar, wo sich die Notwendigkeit hierzu aus den Besonderheiten des militärischen Auftrags ergäben.

Jusos: Die SPD hat ihre Regierungsfähigkeit verloren

Die SPD hat nach Ansicht des wiedergewählten schleswig-holsteinischen Juso-Landesvorsitzenden, Tretbar, die Regierungsfähigkeit verloren. In der Bonner Koalition seien allzu viele sozialdemokratische Grundsätze über Bord geworfen worden. „Eine SPD, die sich die Außenpolitik von Genscher und die Wirtschafts- und Sozialpolitik von Lambsdorff diktieren läßt, programmiert damit den Machtverlust“, äußerte Tretbar vor der Landeskonferenz der Jungsozialisten in Husum.

■ ARBEITSLOSE

Neue Zumutbarkeitsanordnung ist in vielen Punkten korrekturbedürftig

In der Frage der Zumutbarkeit dreht Bundesarbeitsminister Ehrenberg Pirouetten, erklärt der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Adolf Müller (Remscheid). Im Herbst 1978 hat Ehrenberg den zuständigen Abteilungsleiter im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Manfred Baden, wegen des Runderlasses 230 noch in die Wüste geschickt. Heute läßt er selbst eine wesentlich härtere Zumutbarkeitsregelung formulieren. Wenn er noch einen Funken Glaubwürdigkeit behalten will, muß er jetzt seinen Hut nehmen.

Die jetzt vorliegende Regelung, die Minister Ehrenberg am 16. März 1982 beschließen ließ, ist in wichtigen Punkten korrekturbedürftig:

— die in § 12 der neuen Zumutbarkeitsregelung vorgesehene quasi Abstiegsautomatik in 5 Gruppen muß eingeschränkt werden. Beschäftigungen in einer niedrigeren Qualifikationsstufe sollten nur dann zumutbar sein, wenn in der jeweils darunterliegenden Gruppe nicht genügend Bewerber sind. Unnötige Dequalifizierung wäre eine sinnlose Verschwendug von Ausbildungskosten.

— Die in § 11 vorgesehene Verschärfung der Zumutbarkeitsregelungen bei Teilzeitarbeit trägt familienfeindliche Züge. Zur Zeit suchen 244 000 arbeitslose Frauen einen Teilzeitarbeitsplatz. Die vorgesehene Regelung läßt den Verdacht aufkommen, daß Ehrenberg nun versucht, die Arbeitslosigkeit durch Bereinigung der Statistik

zu beseitigen. Teilzeitarbeit sollte im Interesse der Beseitigung der Arbeitslosigkeit und im Interesse einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht zurückgedrängt, sondern gefördert werden.

Nach § 14 Arbeitsförderungsgesetz ist die Bundesanstalt verpflichtet, ihre Vermittlungsbemühungen fortzusetzen, wenn ein Arbeitsloser in eine ungünstigere Beschäftigung vermittelt worden ist. Der Bundesarbeitsminister muß darlegen, wie er diesen gesetzlichen Auftrag sicherstellen will. Gegenwärtig sind die Arbeitsämter durch die hohe Arbeitslosigkeit völlig überlastet und werden immer mehr zu reinen Zahlstellen degradiert. Die Verpflichtung des Arbeitsamtes zur Rückvermittlung in eine günstigere Beschäftigung steht demnach nur auf dem Papier.

Ohne Frage muß die Zumutbarkeitsregelung so gefaßt und gegenüber dem jetzigen Zustand so verändert werden, daß die Interessen der Arbeitslosen und die der Gesamtheit der Beitragszahler fair gegeneinander abgewogen werden. Eine längere Arbeitslosigkeit sollte vermieden werden, weil mit andauernder Arbeitslosigkeit die Chancen immer mehr schwinden, wieder eine Dauerbeschäftigung zu finden, und ohne Frage muß das, was viele Beschäftigte auf sich nehmen — lange Anfahrtswege, ungünstigere Arbeitszeiten —, auch für Arbeitslose zumutbar sein.

Wir sollten uns aber von Ehrenberg nicht auf einen Nebenkriegsschauplatz locken und von dem Skandal der 2-Millionen-Arbeitslosigkeit ablenken lassen.

■ WIRTSCHAFT

Will die SPD überhaupt noch ihr „Beschäftigungsprogramm“?

Kanzleramt und „SPD-Baracke“ haben sich offenbar auf eine neue Strategie verständigt: man will das „Beschäftigungsprogramm“ scheitern lassen, gegen die Arbeitslosigkeit soll gar nichts unternommen werden, und der großangekündigten „Gemeinschaftsinitiative“ fällt nur noch die Rolle eines Spielmaterials in der propagandistischen Auseinandersetzung mit der CDU/CSU zu. Die Indizien für diese zynische „Strategie“ verdichten sich von Tag zu Tag.

Zu den neuen Gedankenspielen der SPD-Führung und der Bundesregierung erklärt der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Philipp Jenninger: In einem Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“ hatte Brandt auch für den Fall einer Zweidrittelmehrheit der Union im Bundesrat ein Weiterregieren der SPD/FDP-Bundesregierung angekündigt, und zwar ohne Rücksicht auf das Schicksal der „Gemeinschaftsinitiative“, der künftigen Bundeshaushalte wie der Gesetzgebung überhaupt. Es gebe ohnehin „schon eine Menge Gesetze“, hatte Brandt gesagt, und hinzugefügt, beim Scheitern des „Beschäftigungsprogramms“ sei man nicht gezwungen, nach alternativen Finanzierungsmöglichkeiten zu suchen, sondern könne hiermit „den Vorwahlkampf für 1984 eröffnen“. Was zunächst nur als eine weitere Manifestation des unbedingten Willens der SPD zur Macht erschien, gewann

rasch eine ganz andere Dimension: denn es gibt eindeutige Anzeichen dafür, daß im Kanzleramt ein mögliches Scheitern des „Beschäftigungsprogramms“ bereits in allen Details durchgespielt worden ist. Letzte Zweifel beseitigte dann der SPD-offiziöse „Parlamentarisch-Politische Presseinstanz“ (ppp), der sich in seinem Tageskommentar der Brandtschen Interviewüberungen annahm und diese zur neuen SPD-Strategie erklärte, um die Union in die „Blockade“-Ecke zu stellen.

Aus Sicht der SPD spricht für dieses Vorgehen in der Tat einiges: der Partei paßt beim „Beschäftigungsprogramm“ die ganze Richtung nicht; beim Mietrecht ist zweifelhaft, ob es in der SPD-Fraktion überhaupt eine Mehrheit geben wird; der DGB ist ohnehin unzufrieden; die Einlassungen von Wirtschaft und Verbänden bei dem Hearing im Deutschen Bundestag waren für die Bundesregierung niederschmetternd; die SPD weiß, daß die Mehrwertsteuererhöhung nicht zustande kommen wird und daß sie bei der Suche nach alternativen Finanzierungsmöglichkeiten zu zerbrechen droht. Was liegt also näher, als ein „Programm“, von dem auch der Koalitionspartner FDP in Wirklichkeit nichts hält, stillschweigend preiszugeben, in der Öffentlichkeit aber um so lautstarker als parteipolitischen Schlagstock gegen die CDU/CSU zu verwenden?

Das Manöver der SPD wird keinen Erfolg haben. Spätestens dann, wenn es im Vermittlungsausschuß um die Finanzierung geht, wird sie eindeutig Farbe bekennen müssen. Dann wird sich zeigen, was die Absichtserklärungen hinsichtlich der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wirklich wert sind. Solange die SPD in der Regierung ist, trägt sie die Verantwortung — ob ihr das paßt oder nicht. Die Ankündigung Brandts, man werde gar nichts mehr tun und statt dessen zwei Jahre lang nur noch Wahlkampf führen, ist angesichts der schwersten Krise von Wirtschaft, Finanzen und Arbeitsmarkt in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland jedoch völlig verantwortungslos.

■ DDR

Ost-Berlin kassiert Milliarden – aber kein Einlenken beim Zwangsumtausch

Der dreitägige Besuch des Bundeswirtschaftsministers in der DDR ist ohne Ergebnisse beim Zwangsumtausch geblieben. Dies ist ein deprimierendes Ergebnis, nachdem die Bundesregierung selbst große Hoffnungen nach dem Treffen Schmidt/Honecker geweckt hat.

Dies führt zu der Frage, ob die Bundesregierung ihre Trümpfe, die sie in Händen hält, wirklich energisch nutzt, erklärt der stellvertretende Vorsitzende des Finanzausschusses, Abgeordneter Rudolf Sprung. Es gibt im innerdeutschen Verhältnis eine Vielzahl von Möglichkeiten, um die DDR zu veranlassen, den unerträglichen Zwangsumtausch zu beseitigen.

Die DDR erhielt 1981 1,45 Mrd. DM sowie ein zinsloses Swing-Darlehen von 676 Mio. DM. Hinzu kommen Umsatzsteuervergütungen für Lieferungen aus der DDR in Höhe von 310 Mio. DM.

Diese Zahlungen setzten sich aus folgenden Einzelpositionen zusammen:

1. Bund 1,046 Mrd. DM:

- der Transitpauschale von 525,0 Mio. DM;
- der Pauschalabgeltung von Straßenbenutzungsgebühren für Personenkraftwagen von 50,0 Mio. DM;
- der Kostenbeteiligungen an Investitionen zur Verbesserung des Eisenbahnverkehrs von und nach Berlin mit 45 Mio. DM;
- der Kostenbeteiligung an Investitionen zur Verbesserung des Straßenverkehrs von und nach Berlin mit 347,1 Mio. DM;

- der Kostenbeteiligung an Baumaßnahmen an den Transitwasserstraßen und am Teltowkanal mit 62,5 Mio. DM;
- Erstattung von Visagebühren 4,6 Mio. DM und Einreisegenehmigungsgebühren 12 Mio. DM.

2. Berlin 93,8 Mio. DM:

- Abnahme von Bauschutt, Bodenaushub und festen Siedlungsabfällen: 28,7 Mio. DM;
- Abnahme und Behandlung von Abfallstoffen (Berliner Stadtreinigung): 35,6 Mio. DM;
- Abnahme und Behandlung von Abwässern (Berliner Entwässerungswerke): 25,3 Mio. DM;
- Nutzungs-, Unterhaltungs- und Betriebskosten der durch Ost-Berlin führenden Tunnelstrecken der U-Bahn: 4,2 Mio. DM.

3. Bundespost 96,5 Mio. DM:

- 85,0 Mio. DM Pauschalzahlungen gemäß § 2 der Vereinbarung vom 29. April 1970 und gemäß Briefwechsel vom 19. Oktober 1977;
- 8,3 Mio. DM Pauschalabgeltungen für Leistungen im Postverkehr;
- 3,2 Mio. DM Abgeltungen für DDR-Leistungen für den Fernmeldeverkehr.

Zahlungen von der Wirtschaft und von Privaten beliefen sich im letzten Jahr auf 35 Mio. DM. Hierbei handelte es sich insbesondere um Visagebühren, die nicht erstattet werden. Hinzu kommt der Zwangsumtausch von ca. 200 Mio. DM.

■ BUNDESTAG

Baum mißachtet Kontrollrecht des Parlaments

Das Fragerecht ist ein anerkannt wichtiges und unentbehrliches Kontrollrecht des Parlaments. Jede demokratische Regierung muß es als eine von der Verfassung vorgegebene Verpflichtung ansehen, die im Deutschen Bundestag eingebrochenen Anfragen nach bestem Wissen und Gewissen innerhalb der vorgeschriebenen Frist zu beantworten.

Diese Verpflichtung scheint für Bundesinnenminister Baum, der in der Bundesregierung verantwortlich für die Einhaltung der Grundsätze des Verfassungsrechts zeichnet, offensichtlich nicht zu bestehen, stellt MDB Carl-Dieter Spranger, innenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion, fest. Abgesehen davon, daß die für seinen Geschäftsbereich eingebrochenen Fragen meist mit seltener Unverbindlichkeit beantwortet werden, nimmt er die für die Beantwortung vorgeschriebenen Fristen nicht zur Kenntnis. Nach der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages sind Kleine Anfragen, die von einer Fraktion oder von mindestens 5 Prozent der Mitglieder des Bundestages unterzeichnet sind, innerhalb von 14 Tagen schriftlich zu beantworten. Der Präsident des Deutschen Bundestages kann diese Frist im Benehmen mit dem Fragesteller verlängern.

Herr Baum kann den traurigen Rekord beanspruchen, in dieser Legislaturperiode in keinem einzigen Fall die Frist eingehalten zu haben. Er hat es auch nicht für nötig befunden, Fristverlängerungen zu bean-

tragen. Seit Oktober 1980 sind für den Geschäftsbereich des Bundesinnenministeriums 31 Kleine Anfragen eingebracht und innerhalb folgender Zeiten beantwortet worden:

- Zwischen zwei und drei Wochen: fünf;
- drei Wochen und mehr: vier;
- vier Wochen und mehr: fünf;
- fünf Wochen und mehr: fünf;
- sechs Wochen und mehr: drei;
- sieben Wochen und mehr: vier;
- acht Wochen und mehr: drei.
- Zwei Anfragen sind erst jetzt eingereicht worden.

Herr Baum sollte sich, statt lautstarken Minderheiten hinterherzulaufen und sein Ministerium überwiegend als PR-Apparat in eigener Sache zu beschäftigen, einmal darauf besinnen, daß zu seinen wichtigsten Pflichten die Wahrung der Rechte der Verfassung und des Parlaments gehören.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion kann und wird die fortdauernde Mißachtung des Fragerechts durch den Herrn Bundesinnenminister nicht mehr hinnehmen. Herr Baum wird aufgefordert, die Anfragen innerhalb der vorgeschriebenen Fristen zu beantworten, wie es bei seinen Vorgängern und anderen Ministern üblich war. Dies verlangt nicht nur die Achtung vor dem gewählten Parlament. Es ist auch ein schlichtes Gebot der Höflichkeit. Andernfalls muß diese Praxis im Deutschen Bundestag zur Sprache gebracht werden.

140 000 Abtreibungen

Im vergangenen Jahr erfolgten in unserem Land insgesamt 87 535 Abtreibungen. Diese Zahl enthält jedoch noch nicht die nicht offiziell gemeldeten Fälle. Daher erhöht sich die Gesamtzahl der Fälle, in denen ungeborenes Leben getötet wurde, auf ca. 140 000. Nur 20,5 Prozent, nämlich 17 906 der offiziell gemeldeten Abtreibungen erfolgten aus dem schwerwiegenden Grund der medizinischen Indikation.

■ ASYLBEWERBER

Heranziehung zu gemeinnütziger Arbeit ist Rechtens

Nach Paragraph 19 BSHG (Bundessozialhilfegesetz) können Sozialhilfeempfänger zu gemeinnützigen Arbeiten herangezogen werden. Seit dem 1. Januar 1982 bestimmt das BSHG in einer Ergänzung zu Paragraph 18 BSHG zweifelsfrei, daß dies auch für Asylbewerber gilt. Diesem Bundesrecht hat der Senat in Berlin Rechnung getragen, stellt MdB Alfons Müller (Wesseling) fest.

Nachdem ein Appell an die Freiwilligkeit der Asylbewerber keinen durchschlagenden Erfolg brachte, sind diese nunmehr zur Verrichtung gemeinnütziger Arbeiten aufgefordert worden. Diese Entscheidung hat in Berlin und auch im Bundesgebiet zu kontroversen Diskussionen geführt. Begriffe wie „Zwangarbeit“ und „Arbeitsdienst“ tauchten dabei auf. Von Zwangarbeit kann indes nicht die Rede sein. Diese ist nach Artikel 12 Absatz 4 GG nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung möglich. Hier geht es darum, sich für gemeinnützige Arbeiten gegen eine Aufwandsentschädigung zur Verfügung zu stellen. Das trifft deutsche wie ausländische Sozialhilfeempfänger grundsätzlich gleichermaßen.

Daß die Heranziehung zu gemeinnützigen Arbeiten gerechtfertigt ist, hat auch das Verwaltungsgericht in Neustadt (Weinstrasse) festgestellt: „... Asylanten dürfen gemeinnützige Arbeiten nicht ablehnen.“ Sie ist eine Gegenleistung an die Allgemeinheit, die dem Asylbewerber Sozialhilfe gewährt. Mit dieser Regelung wird auch keineswegs gegen die Würde des Menschen verstößen; denn es handelt sich um Arbeiten, die Tausende von Angehörigen der kommunalen Straßenreinigungen tagtäglich verrichten.

STICHWORT

Römische Verträge

Vor 25 Jahren, am 25. März 1957, unterzeichneten Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande in Rom die Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM). Diese Verträge traten am 1. Januar 1958 in Kraft. Zusammen mit der bereits 1951 gegründeten Montanunion bilden sie das Fundament der Europäischen Gemeinschaft (EG), zu der sich das Europa der Sechs entwickelt hat. 1973 traten Dänemark, Irland und Großbritannien und 1981 Griechenland der EG bei. Der Beitritt Spaniens und Portugals ist geplant. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft hatte Ende der 60er Jahre ihr Hauptziel erreicht: Beseitigung der Handelsschranken zwischen den Mitgliedsländern und Errichtung einer Zollunion. Unbefriedigend bleibt die Integration im Bereich der Freizügigkeit von Dienstleistungen und Kapitalverkehr sowie die Niederlassungsfreiheit.

Die Zukunftsvision, Übergang der EG in eine Wirtschafts- und Währungsunion, die dann Anfang der 80er Jahre in eine politische Union umgewandelt werden sollte, hat sich nicht erfüllt. Gegenwärtig ist die Gemeinschaft bemüht, das bisher Erreichte zu konsolidieren.

Das 1979 direkt gewählte Europäische Parlament ist heute der eigentliche Motor, von dem die treibende Kraft im Einigungsprozeß ausgeht. Dagegen mehren sich die Anzeichen, daß die Regierungen der Mitgliedstaaten zu Lasten der Gemeinschaft zu einer nationalen Politik zurückkehren.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

TERMINE

- 19. 4. LV Berlin
Landesvorstand, Berlin,
Landesgeschäftsstelle
- 19. 4. LV Baden-Württemberg
Landespräsidium/Landesvorstand, Stuttgart
- 19. 4. MIT Westf.-Lippe
Sauer-/Siegerland BV-Sitzung,
Werthol
- 19. 4. LV Rheinland-Pfalz
Landesvorstand, Mainz
- 21. 4. Junge Union Saar
Landesvorstand, Saarbrücken
- 22. 4. LV Hessen
Reg.-Bürgermeister-Konferenz,
Krifte
- 22. 4. CDA-LV Westf.-Lippe
Landesvorstand, Dortmund
- 23./25. 4. Frauenvereinigung Westf.-Lippe
Rhetorikseminar, Wünnenberg
- 23. 4. Junge Union Westf.-Lippe
Landesvorstand, Dortmund
- 23. 4. LV Hessen
Anhörung z. Lage d. berufst.
Frau, Wiesbaden
- 23. 4. LV Hessen
3. Wahlkampfkommission,
Wiesbaden
- 23. 4. Frauenvereinigung Saar
Landesvorstand, Saarbrücken

- 24. 4. LV Hessen
Fachtagung Naturschutz,
Grünberg/Gallush.
- 24. 4. VDA-LV Westf.-Lippe
Führungsseminar, Dortmund
- 25. 4. Junge Union Saar
Landestag, Saarlouis
- 26. 4. **CDU-Präsidium**
Sitzung, Bonn
- 27. 4. LV Saar
Geschäftsführerkonferenz,
Saarbrücken
- 29./30. 4. **KPV Bund**
AK „Große Städte“ Fachtagung,
Hamburg
- 29. 4. KAS
25 Jahre dynamische Rente,
Symposium, Bonn 2
- 3. 5. LV Saar
Geschäftsf. Landesvorstand,
Saarbrücken
- 4./5. 5. **CDA Bund**
Sozialsekretärskonferenz,
Königswinter
- 4. 5. Frauenvereinigung Westf.-Lippe
Geschäftsf. Landesvorstand,
Dortmund
- 4. 5. Frauenvereinigung Westf.-Lippe
Landesvorstand, Dortmund
- 4. 5. LV Bremen
Landesvorstandssitzung, Bremen
- 5. 5. Frauenvereinigung Saar
„Arbeitsplatzteilung“, Saarbrücken

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44-3 04. Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje. Bankverbindung: Spar-
kasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto
Köln, Nr. 2214 31-502, (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich
40,— DM. Einzelpreis 1,— DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.